

Fürst Bismarck und der kirchliche Kampf.

Der Minister-Präsident Fürst Bismarck hat durch die unmittelbar auf einander folgenden kirchen-politischen Erörterungen im Herrenhause und im Abgeordnetenhause Anlaß gehabt, die Aufgaben und Gesichtspunkte der Regierungspolitik von Neuem nach theilweise verschiedenen Richtungen darzulegen. Während im Abgeordnetenhause die katholischen Interessen fast ausschließlich von der ultramontanen Partei selbst verteidigt werden, hatte die letztere dagegen im Herrenhause seither eine wesentliche Stütze in einem Theil der evangelischen streng konservativen Mitglieder gefunden, welche durch das Vorgehen der Regierung die kirchlichen Interessen überhaupt, ebenso die der evangelischen wie die der katholischen Kirche, gefährdet glaubten.

Die alten Führer der konservativen Mehrheit des Hauses waren von diesem Standpunkte bei allen bisherigen Vorlagen entschieden der Regierung entgegengetreten, und ihr Verhalten hatte einen großen Einfluß nicht bloß auf ihre politischen Parteigenossen im Hause, sondern auch auf die Stimmungen in ernstkirchlichen evangelischen Kreisen des Landes geübt.

Diese Haltung der konservativen Partei, welche zwar den Gang der Regierungspolitik nicht zu hemmen vermocht, war, abgesehen von der Wirkung auf die allgemeinen Parteiverhältnisse, insofern von bedauerlicher Bedeutung, als die ultramontane Partei darin nicht bloß eine moralische Stütze, sondern auch eine Ermuthigung in ihrem Widerstande und eine Stärkung ihrer Hoffnung auf einen Wechsel der Regierungspolitik finden zu dürfen meinte.

Jetzt ist nun zum ersten Male auch von streng konservativen evangelischen Mitgliedern des Herrenhauses unumwunden die Berechtigung und die Nothwendigkeit des Vorgehens der Regierung anerkannt und verkündet worden. Die jüngste Encyclica des Papstes hat auch bei ihnen alle Zweifel darüber beseitigt, daß es Pflicht des Staates sei, den geistlichen Widerstand zu brechen, und Pflicht der konservativen Partei, die Regierung dabei zu unterstützen. Graf Udo zu Stolberg, welcher früher gegen die Maigesetze gestimmt hatte, erklärte, daß er jetzt ihre Abschaffung für eine Unmöglichkeit und sich deshalb für verpflichtet halte, zu ihrer Durchführung mitzuwirken. In diesem Entschlusse sei er durch die Haltung der ultramontanen Opposition und vollends durch die päpstliche Encyclica bestärkt worden. Freiherr v. Malzkahn, welcher gleichfalls gegen die früheren Gesetze gestimmt hatte, weil er annahm, „daß durch dieselben auch die evangelische Kirche, das Hauptbollwerk gegen Rom, geschädigt werde“, hält nach der jüngsten Ueberhebung des Papstes die Unterstützung der Regierung Seitens der konservativen Partei für unbedingt nothwendig; je konservativer Jemand sei, desto entschiedener müsse er jetzt auf Seiten der Regierung treten, um nicht die Widersacher Preußens zu stärken. Zugleich versicherte der Redner, daß er in seiner Heimath in allen Krisen, in welchen er verlehre, keinen konservativen Mann kenne, der nicht der Regierung Dank wisse für die rasche und entschiedene Antwort auf die päpstliche Herausforderung.

Diese Aeußerungen ernst evangelischer, streng konservativer Mitglieder des Herrenhauses dürfen als Anzeichen einer bedeutenden Wendung der Stimmung innerhalb der konservativen Partei gelten.

In solchem Sinne wurden sie auch vom Fürsten Bismarck freudig begrüßt, nicht bloß um ihrer unmittelbaren Bedeutung willen, sondern vor Allem, weil damit die evangelisch-konservative Partei wieder eine richtige Stellung den kirchlichen Dingen gegenüber zu gewinnen scheint.

Indem nun der Minister-Präsident jenes erste freie Bekenntniß herzlich willkommen hieß, hielt er es an der Zeit, seinen evangelischen Glaubensgenossen im Herrenhause überhaupt ans Herz zu legen, was sie ihrem Glauben in der jetzigen Zeit des Kampfes nach seiner Ueberzeugung schuldig seien. Zunächst in seiner Eigenschaft als Mitglied des Herrenhauses, also aus einem persönlichen Herzensbedürfnisse heraus wollte er das mahnende Wort sprechen, aber auch als Mitglied des Staatsministeriums durfte er sich durchaus

berechtigt und berufen fühlen, denjenigen Evangelischen, welche aus irrthümlicher Annahme einer Gefährdung ihrer eigenen kirchlichen Interessen der Regierung bisher feindlich gegenüber stehen, einmal vom Standpunkte der evangelischen Auffassung nahe zu legen, daß sie durch ihre bisherige Haltung die Pflichten gegen das evangelische Bekenntniß sowohl, wie gegen den preussischen Staat verlegen. Er hob hervor, daß ein evangelischer Christ nicht von einem Kampfe gegen die Kirche überhaupt reden dürfe, wo es sich bloß um den Kampf gegen die katholische Kirche oder vielmehr gegen das Papstthum in seiner jetzigen absoluten Stellung handele. Ein treues Mitglied der evangelischen Kirche dürfe nicht dazu beitragen, daß der Papst zu der Macht gelange, daß sein Wille das Gesetz der Erde sei, denn der Papst müsse diese Macht alsdann in Gemäßheit der päpstlichen Glaubensartikel zur Vernichtung der Glaubensfreiheit ebenso wie der politischen Freiheit verwenden. Das könne und dürfe ein evangelischer Christ nicht befördern.

Wenn Fürst Bismarck in solcher Weise den Evangelisch-Konservativen ins Gewissen redete, so lag es ihm doch fern, damit, wie von ultramontaner Seite behauptet und verbreitet wird, sich als Feind der katholischen Kirche hinzustellen oder die Evangelischen zur Feindschaft gegen ihre katholischen Brüder aufzurufen. So entschieden er seine Glaubensgenossen mahnen durfte, den Boden der evangelischen Kirche, in welcher sie für sich die Seligkeit suchen, nicht erschüttern zu helfen, so ist er doch nicht bloß vermöge seiner Stellung als Minister des preussischen Staates, des Staates der Gewissens- und Glaubensfreiheit, — sondern auch gerade als Anhänger der evangelischen Lehre innerlich durchaus berufen und verpflichtet, auch die Glaubensfreiheit der deutschen Katholiken, selbstverständlich innerhalb ihrer naturgemäßen Grenzen, zu achten und gewähren zu lassen.

Wie sehr dem Fürsten Bismarck die Anregung konfessioneller Feindschaft fern liegt, davon giebt gerade auch die Rede im Herrenhause ausdrückliches Zeugniß; denn darum beklagt er die frühere Stellung der Evangelisch-Konservativen, weil er überzeugt ist, daß „der Kampf mit der katholischen konservativen Partei, auch selbst mit der katholischen Revolution nicht so heftig geworden wäre, wie er geworden ist, wenn die Evangelisch-Konservativen von vorn herein der Regierung im Sinne des Evangeliums treu zur Seite gestanden hätten.“

Daß dem Fürsten Bismarck auch heute, inmitten des lebhaftesten Kampfes, die Wiedergewinnung und Sicherung des kirchlichen Friedens vorzugsweise am Herzen liegt, das haben seine jüngsten Aeußerungen im Abgeordnetenhause von Neuem aufs Entschiedenste bekundet. Einen wirklichen Frieden hält er gegenüber der übermäßigen Gewalt des jetzigen Papstthums freilich nur für möglich, wenn zuvor der Staat mit den Mitteln ausgerüstet ist, um jedem Uebergriffe auf sein Gebiet und jeder Antastung der allgemeinen Gewissensfreiheit wirksam zu wehren. Sobald die Lücken der Gesetzgebung in dieser Beziehung ausgefüllt sind, will Fürst Bismarck „kein eifrigeres Bemühen haben, als den Frieden zu suchen,“ — und er „hofft ihn alsdann mit Gottes Hülfe zu finden, denselben Frieden, unter dem unsere Väter Jahrhunderte lang in einem starken Staate und gestützt durch unser Königshaus mit einander in konfessioneller Einigkeit gelebt haben.“

Die Stellung der Evangelisch-Konservativen in dem Kampfe mit Rom.

Aus der Sitzung des Herrenhauses vom 15. April zur Berathung des Gesetzesentwurfs wegen Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die katholische Geistlichkeit.

I.

(Aus der Rede des Frhrn. v. Malzkahn.)

Ich habe gegen das Schulaufsichtsgesetz, gegen die Maigesetze und gegen das Civilstandsgesetz gestimmt; ich habe gesagt, sie schädigen das einzige Bollwerk gegen Rom, die evangelische Kirche, und darum